

Voraussetzung der Schulreform überhaupt wird die Reform der Lehrerbildung angesehen. Es ist schon kurz nach der Veröffentlichung abzusehen, daß dem Strukturplan — in Verbindung mit den vom Wissenschaftsrat ausgearbeiteten umfangreichen Empfehlungen „Zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970“ und dem von der Bundesregierung vorgelegten „Bericht über Bildungs- und Wissenschaftspolitik“ — in der Diskussion um die Erneuerung des Bildungswesens in

der BRD zentrale Bedeutung zukommen wird. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß auch die zugrundeliegende Auffassung von der zentralen Bedeutung des Lernens im Leben des einzelnen und in der gesamten Gesellschaft diskutiert werden wird: schon das erste Presseecho, speziell aus katholischen Kreisen, deutet in Richtung einer anthropologischen Auseinandersetzung, in der es weniger um die Realisierung konkreter Organisationsformen geht, sondern um das dem Plan immanente Menschenbild.

Kurzinformationen

Die **Gemeinsame Arbeitsgruppe Vatikan** — Genf gab von ihrer Tagung in *Neapel* (28. bis 30. 5. 70) ein Kommuniqué, das über die Gespräche betr. den Beitritt Roms zum Weltrat der Kirchen nur sagt, diese sollten fortgesetzt werden (vgl. HK 24, 291). Wenn nach weiteren Gesprächen Ergebnisse vorliegen, würden sie „zu gegebener Zeit“ dem Vatikan bzw. dem Zentralauschuß des Weltrates zur Prüfung vorgelegt (öpd. 4. 6. 70). Somit sind alle Indiskretionen, auch die in „Le Monde“ (30. 5. 70), über verschiedene Möglichkeiten eines Beitritts der römisch-katholischen Kirche erledigt. Denn der Herausgeber von IDOC-International hat sich gemäß Kommuniqué für die von ihm veröffentlichten „falschen Informationen“ ausdrücklich entschuldigt, falsch insofern, als die erwähnten Vorschläge nur von einem einzigen Verfasser der Unterkommission stammen und nicht ein Dokument der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ sind. Ferner wurde mitgeteilt, Kardinal *Willebrands* wie Generalsekretär *Blake* haben den gemeinsamen Vorsitz niedergelegt und nehmen an künftigen Tagungen als „reguläre Berater“ teil. Die Vorsitzenden würden jeweils neu gewählt. — Die Zurückhaltung des Kommuniqués von Neapel wird durch ein Interview bestätigt, das Kardinal *Willebrands* anlässlich des 10. Gründungstages des Einheitssekretariats dem „*Avvenire*“ (5. 6. 70) gewährte. Darin gibt er einen Rückblick über die bisher geleistete Arbeit eines praktischen Ökumenismus und hebt außer dem 2. Teil des Direktoriums die bilateralen Kontakte mit den Konfessionellen Weltbünden hervor. Die Zusammenarbeit sei gefestigt, leider noch nicht mit den Orthodoxen. Zu seinem Zukunftsprogramm gehört im Hinblick auf die Lage in Lateinamerika die Aufnahme von Kontakten mit den Pfingstlern und sogar den Adventisten. Sodann meinte der Kardinal, der Ökumenismus müsse noch an der Basis gepflegt werden. Gegenüber dem „Säkularökumenismus“ äußerte er Vorbehalte, weil er in Gefahr sei, das spezifisch christliche Zeugnis zu verleugnen und das „postökumenische Zeitalter“ einzuleiten, an das er nicht glaube. Das zweite Jahrzehnt werde „eine neue Phase“ der Beziehungen zwischen den Kirchen durch vertieftes theologisches Studium und praktische Dienste erbringen. Die Entwicklung habe jetzt den Punkt erreicht, „wo der Dialog der Kirchen unmittelbar auf die Einheit gerichtet sein muß“ (epd. 9. 6. 70). Doch auch von ihm keine Silbe von einem Beitritt Roms zum Weltkirchenrat.

Die **Arbeiten an der Kodifizierung eines Grundgesetzes der Kirche**, über deren früheren Verlauf wir bereits berichtet haben (vgl. HK 24, 272), sind in eine neue Phase getreten. Vom 19. bis 23. Mai 1970 fand in Rom eine Arbeitssitzung der mit der Ausarbeitung beauftragten Sonderkommission „*De Lege Ecclesiae Fundamentalium*“ unter dem Vorsitz des Präsidenten der Gesamtkommission, Kardinal *P. Felici*, statt (vgl. „*Osservatore Romano*“, 24. 5. 70). An ihr nahmen auch Beobachter anderer christlicher Konfessionen teil. Die Endfassung des dritten Entwurfs vom 24. Mai 1969 (vgl. HK 24, 272—281) war, wie wir bereits berichteten, den 68 Kardinälen, die Mitglieder der *Gesamtkommission* sind, aber auch allen Konsultoren der Glaubenskongregation, den Mitgliedern der Internationalen Theologienkommission sowie anderen Fachleuten zur Stellungnahme

vorgelegt worden, die von Dezember 1969 bis April 1970 zahlreiche Verbesserungsvorschläge eingereicht haben. Danach seien nach römischen Angaben „Substanz und Struktur“ des Entwurfs fast von allen befragten Personen gutgeheißen worden. Daß jedoch „Substanz und Struktur“ des Entwurfs nicht ganz so vorbehaltlos gutgeheißen worden sind, läßt sich aus der Aufzählung der diskutierten Themen entnehmen, von denen der „*Osservatore Romano*“ etwas minimalisierend meinte, daß „einige“ „vorwiegend *theologischen* Charakter“ trugen: z. B. Sinn und Geltung des Rechts im Leben der Kirche, Inhalt, Anwendungsbereich und Unveränderlichkeit kirchlicher Verfassungsnormen, das Verhältnis charismatischer Gaben und institutioneller bzw. hierarchischer Elemente zueinander, die juristischen Implikationen des *Kollegialitätsprinzips*, seine Formen und Anwendungsgrenzen im Verhältnis zum Primat, die Voraussetzungen für eine *plena communio ecclesialis*, die eventuellen technisch-juristischen Implikationen des *Subsidiaritätsprinzips*, die fundamentalen Rechte und Pflichten aller Gläubigen, Kleriker und Laien, und ihr angemessener juristischer Schutz u. a. So wurden bereits auf der letzten Arbeitssitzung aufgrund der eingegangenen Vorschläge in den Entwurf vom 24. Mai 1969 zahlreiche Präzisierungen eingearbeitet. Auf einer weiteren Sitzung soll die vorläufige Überarbeitung abgeschlossen werden, bevor er nochmals an die Mitglieder der Gesamtkommission und möglicherweise an den Gesamtepiskopat geht.

Vom 29. bis 31. Mai 1970 fand in Ostberlin ein „**Internationales Symposium**“ der „**Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten**“ statt. Die Tagung stand unter dem Thema „1945 bis 1970 — Lehren und Konsequenzen — für ein System der kollektiven Sicherheit in Europa“. An dieser Konferenz nahmen 120 katholische Persönlichkeiten aus 20 europäischen Ländern teil. Die meisten Teilnehmer waren schon bisher an der Arbeit der Berliner Konferenz beteiligt und sind entweder als regimetreue Katholiken oder als Sympathisanten der kommunistischen Weltfriedensbewegung hervorgetreten. Aktueller Anlaß des Symposiums sollte die Würdigung des 25. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges sein. Am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow, am Mahmal im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen, am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus Unter den Linden und am Sarge von Prälat Bernhard Lichtenberg in der Krypta der St.-Hedwigs-Kathedrale wurden von Delegationen Kränze niedergelegt. Das Hauptreferat hielt der Geschäftsführende Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der Bundesrepublik, der laisierte einstige Jugendseelsorger *Dr. J. C. Rossaint*. Rossaint, der schon in der NS-Zeit Kontakte zu kommunistischen Widerstandskreisen unterhielt und ca. 8 Jahre im Zuchthaus verbringen mußte, forderte in seinem scharf gegen die Bundesrepublik akzentuierten Referat vor allem eine positive Haltung zum Status quo. In der Deklaration des Symposiums wurde festgestellt: „Je länger man sich weigert, den Status quo anzuerkennen, desto zahlreicher sammeln sich in der Bundesrepublik nationalistische und extremistische Kräfte, die ein Programm zur Wiedererrichtung Großdeutschlands auf-

stellen, nach Revanche schreien und eine Revision der bestehenden Grenzen verlangen.“ In der Deklaration wurde von den Bischöfen der Bundesrepublik eine Distanzierung vom Revanchismus durch Taten gefordert: Auflösung der Vertriebenen-seelsorge und der katholischen Vertriebenenverbände und das Eintreten für die Anpassung kirchlicher Strukturen an die gegebenen staatlichen Grenzen. Entgegen dem offiziellen Kurs des Symposiums verteidigten einige westdeutsche Teilnehmer, insbesondere Frau Prof. K.-M. Faßbinder, die Politik des Bundeskanzlers vor Verdächtigungen. Frau Faßbinder bedauerte in einer Sektionssitzung den Ausgang der Kasseler Gespräche. Bemerkenswert für dieses Symposium sowie für die Tätigkeit der Berliner Konferenz und ihrer Ostberliner Initiatoren ist, daß sie sich darauf beschränken, die Kirche nur auf relativ progressiven politischen Friedenskurs zu bringen. Innerkirchliche Kritik wird als „Revoluzzertum“ verspottet. O. H. Fuchs, einer der Hauptinitiatoren der Berliner Konferenz und Sprecher der „progressiven“ Katholiken in der DDR verteidigte wiederholt mit Nachdruck die Position des Papstes und der Bischöfe der DDR zur Frage des Zölibats und zur Geburtenregelung. Fuchs erklärte, die Berliner Konferenz lasse sich nicht auf eine „schiefe Ebene“ drängen, was sich unter der Flagge „kritischer Katholizismus sammelte, habe keineswegs etwas mit der Kirche zu tun, allenfalls mit Katholizismus“. Keiner soll an der konservativ geprägten Gläubigkeit der Anhänger der Berliner Konferenz zweifeln können.

Mit einer Erklärung „Erneuerung und Wachstum der Kirche“ zum Abschluß der diesjährigen Frühjahrssitzung des Ständigen Rates des französischen Episkopats reagierten die französischen Bischöfe auf die besondere Situation der innerkirchlichen Kontestation heute (vgl. den Wortlaut in „La Croix“, 13. 6. 70). In ihr suchten sie in vier Punkten jene unverzichtbaren Übereinstimmungen aufzuzeigen, ohne die ihrer Meinung nach weder Wachstum noch Erneuerung in der Kirche möglich seien. Die sicher positiv gemeinte Stellungnahme verfällt jedoch praktisch in eine „ernste Warnung gegen lehrhafte und disziplinäre Abweichungen“, womit der Episkopat „seine Position verhärtete“ (Le Monde, 13. 6. 70). „Geistlicher Imperialismus“, „brutale Behauptung der Autorität“, „ekklesiologischer Egozentrismus“ sind andere Kritiken, die dem Dokument — in der Wiedergabe nach „La Croix“ (a. a. O.) — gemacht wurden. In vier Punkten bezieht der Episkopat Stellung: 1. Die Bischöfe erkennen an, daß die innerkirchliche Kontestation auch auf das Weiterschleppen unzeitgemäßer Seelsorgemethoden und kirchlicher Strukturen zurückzuführen sei. Doch: der den Glauben selbst in Frage stellende heutige Unglaube habe „oft subtile und hinterhältige Formen“ angenommen. Gegenüber Versuchen, Christus zu einem „hervorragenden Menschen“ zu machen, seine Botschaft auf „höhere Weisheit“, ein „soziales Ideal“ oder schlicht auf den „Kampf um menschliche Freiheit und Gerechtigkeit“ einzuengen, hebt die Erklärung den „übernatürlichen Charakter“ des Heils hervor, der auch eine *Umwandlung der Welt und der menschlichen Beziehungen* einschließen müsse. Fortschritt könne aber auch, wie Christi Leben und Tod gezeigt haben, im Leiden und selbst im Scheitern liegen. 2. Drei Tendenzen im heutigen Kirchenverständnis werden von ihnen verurteilt: a) Festhalten an einem mittelalterlichen gegenreformatorischen Kirchenbild; b) eine an sozio-politischen Modellen orientierte Kircheninterpretation; c) Überbetonung der Kirche als charismatischer Gemeinschaft zu Lasten ihrer hierarchischen Verfassung. Dem stellen die Bischöfe die „arme und dienende“ Kirche gegenüber und lehnen „Gewaltmethoden und revolutionäre Dialektiken“ in ihr ab. 3. Die Bestrebungen zu einer *Reform des sozialen Status des Priesters* und einer Differenzierung des priesterlichen Amtes müßten von der Hierarchie aufgegriffen werden; doch müsse am „ständigen“ und „endgültigen“ Charakter des Weihepriestertums, an seiner Notwendigkeit sowie an seinem wesentlichen Unterschied zum allgemeinen Priestertum entgegen allen Funktionalisierungstendenzen festgehalten werden. 4. Eine echte Erneuerung der Kirche habe folgende Bedingungen zu erfüllen: a) Hinhören auf den Geist

der Kirche; b) Treue gegenüber dem Evangelium und dem Leben; c) Einfügen in die geschichtliche Kontinuität; d) Bleiben in der Gemeinschaft von Papst und Bischöfen.

Die Ergebnisse der ersten Repräsentativumfrage über die weltanschauliche Struktur der Bevölkerung der Slowakei sind jetzt auch im Westen bekannt geworden (vgl. z. B. „Avvenire“ 7. 5. 70, 2. 6. 70 und „Sociologia“, 1. Quartal 70). Die Umfrage war bereits im Oktober/November 1968 mit Hilfe standardisierter Interviews vom soziologischen Institut der slowakischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt worden. Von 1400 Fragebogen waren 1265 (= 90,3%) auswertbar. Als *Hauptschwierigkeit* nennt der Autor des Artikels, P. Prusak, die Termini „Religion“, „Glaube“ bzw. „Gläubige“ und „Atheismus“ bzw. „Atheist“ zu definieren. „Religion“ wurde definiert als „Glaube an die Existenz höherer übernatürlicher Kräfte und als Vollzug von Kulthandlungen in Verehrung dieser Kräfte“. Als *Glaubender* wurde der bezeichnet, der an diese Kräfte glaubt und diesen Glauben sich in seinem Handeln auswirken läßt. *Atheismus* wurde mit materialistischer Weltanschauung gleichgesetzt (= Materie als Grund der Existenz, der Mensch als einziger Schöpfer der Menschheitsgeschichte). „Atheist“ sei, wer nicht an die Existenz eines solch übernatürlichen Wesens glaube und nicht dessen Schutz für sein Leben und Handeln wie für seine Daseinsfüllung brauche. Die Umfrage erbrachte im einzelnen folgende Ergebnisse: 1. differenziert nach *Geschlechtern*: Männer: Atheisten (A): 18,3%, Gläubige (G): 64,4%, Unschlüssig (U): 17,3%. Frauen: A: 10,0%, G: 76,8%, U: 13,2%. 2. Nach *Alter*: 18—24 Jahre: A: 15,6%, G: 58,7%, U: 25,7%; 25—39 Jahre: A: 19,1%, G: 65,5%, U: 18,4% (sic!); 40—54 Jahre: A: 13,7%, G: 75,1%, U: 11,2%; über 55 Jahre: A: 7,8%, G: 82,9%, U: 9,3%. 3. Nach *sozialer Schicht*: Arbeiter: A: 10,1%, G: 73,4%, U: 16,5%; Angestellte: A: 28,0%, G: 54,3%, U: 17,7%; Bauern: A: 3,3%, G: 91,2%, U: 5,5%. 4. Nach *Bildungsgrad*: Grundschule: A: 8,0%, G: 79,4%, U: 12,6%; höhere Schule: A: 23,1%, G: 56,1%, U: 20,8%; Hochschule: A: 38,0%, G: 43,0%, U: 19,0%. 5. Nach *Größe des Wohnorts*: bis 2000 Einwohner: A: 8,8%, G: 79,3%, U: 11,9%; von 2000 bis 10000: A: 15,8%, G: 68,1%, U: 16,1%; von 10000 bis 100000: A: 19,5%, G: 64,1%, U: 16,4%; über 100000: A: 20,3%, G: 54,0%, U: 24,7%.

Die Absage des Lutherischen Weltbundes, seine 5. Vollversammlung nun doch nicht in Pôrto Alegre, Brasilien, zu halten (vgl. HK 24, 264), ist nicht nur eine theologische Gewissensfrage geworden, die nach immer erneutem Hin-und-Her schließlich zur Wahl von *Evian* bei Genf als Behelfstagsort gefallen ist (14.—24. 7. 70), sie wurde auch als eine Macht- oder Potenzfrage entschieden. Es war tapfer, in letzter Stunde der Falle eines traditionellen Obrigkeitsdenkens auszuweichen und, allem Pragmatismus zum Trotz, den amerikanischen Lutheraner vertreten, die Solidarität mit den wandelnden Katholiken Brasiliens nicht aufs Spiel zu setzen, obwohl Kardinal Scherer von Pôrto Alegre die in der Absage liegende „Diffamierung“ Brasiliens bedauerte (KNA 13. 6. 70). Diese Entscheidung verdient kaum die Kennzeichnung eines „Waterloo des Lutherischen Weltbundes“ (epd. 6. 6. 70) oder einer „Entscheidung der Schwäche“, wie Bischof *Scharf* gemeint hat (epd. 8. 6. 70). Es gehört für europäische oder nordamerikanische Lutheraner kein Bekennermüt dazu, „einem totalitären Regime das Evangelium zu bezeugen“, wenn die geistlich schwache *Ortskirche* die Konfrontation auszubaden hat. Es ist billig, die Liste der widersprechenden Entscheidungen von Helsinki 1963 nach Pôrto Alegre und doch wieder nicht, zu veröffentlichen — gewiß ist sie fatal, ja sie grenzt ans Lächerliche (epd. 6. 6. 70). Aber der Umdenkungsprozeß einer Kirche ist immer notvoll und sollte nicht zum Gegenstand des Spottes gemacht werden. In *Evian* wird man die vorbereiteten Themen aufarbeiten, mit geschärftem Sinn für das Wesentliche, wie Bischof *H. O. Wölber* dargelegt hat (LWP 14. 5. 70). Die Begründung der endgültigen Entschließung des Generalsekretariats des LWB vom 5. 6. 70,

daß wegen Hineinziehens des brasilianischen Präsidenten Medici keine Gewähr für eine ruhige Arbeit gegeben gewesen sei (epd, 6. 6. 70), muß man hinnehmen, auch wenn mehrere der Unterzeichner vorher das Gegenteil gemeint hatten. Wesentlich ist jetzt nur, daß die Probleme, die man sich vorgenommen hat, in Evian zu einer befriedigenden Lösung kommen, zumal unter dem Gesichtspunkt, daß Glaubensgespräche mit dem vatikanischen Einheitssekretariat laufen und, nicht zu vergessen, die *gemeinsame Kommission von VELKD und uniierter Arnolds-bainer Konferenz* nunmehr ihre Thesen veröffentlichen wird, wonach die differierenden Lehraussagen des 16. Jahrhunderts sich z. T. nicht ausschließen, sondern ergänzen, jedenfalls „die gegenwärtige Situation des Glaubens neue Aussageformen erfordert“, da der begriffliche Ausdruck des Glaubens „überholbar“ sei und „künftiger“ werden müsse (epd, 10. 6. 70). Dieses Ergebnis wird auch auf die Weltbundtagung in Evian Einfluß haben.

In den USA ist das Thema „Black Studies“ an den Universitäten heiß umstritten. Dabei herrscht nicht einmal über die Definition dieses Begriffes völlige Einigkeit. Dennoch weiß man neuerdings von 350 Bildungsinstituten, die das Fach „Black Studies“ in ihren Lehrplan aufgenommen, ja, zum Teil eigene Fakultäten dafür eingerichtet haben. Im allgemeinen versteht man unter Black Studies das mehr oder weniger intensive bzw. extensive Erforschung der historischen, geographischen, ethnologischen, soziologischen, psychologischen und pädagogischen Aspekte der Negerfrage. Die entsprechenden Kurse und Vorlesungsreihen sind meist für weiße und farbige Studenten zugänglich. Beobachter stellen zuweilen nicht nur eine gewisse Hektik in der Organisation dieser Studienkurse, sondern auch eine Spur von vielleicht allzu naivem Optimismus einerseits und einer Umkehrung des Rassismus und der Diskriminierung andererseits fest (vgl. „America“, 23. 5. 70). Unklarheit herrscht auch noch weitgehend über das konkrete Studienziel in diesem „neuen Fach“, das so überstürzt in Mode gekommen ist, aber allzu viele und allzu brisante Themen und Probleme enthält, als daß man seine ruhige Entfaltung und Konsolidierung einfach abzuwarten brauchte. Ebenso naiv wäre es, so meinen kritische Stimmen, wenn man die Lösung der Rassenfrage hauptsächlich von diesen akademischen Bemühungen erwarten wollte. Gewiß seien diese Studien wichtig und kämen z. B. auch einer berechtigten Forderung des „Black Manifesto“ (vgl. HK 24, 73 ff) entgegen, aber es bestehe doch die Gefahr, daß dadurch die Radikalisierung im Rassenkonflikt eher gefördert als verhindert werde und farbige Revolutionäre herangebildet würden. Doch man ist vorsichtig optimistisch: „Das Ergebnis dieser Bemühungen wird unser Erbe der Freiheit und Gerechtigkeit für alle Amerikaner entweder stärken — oder aber unsere Gesellschaft der Anarchie preisgeben.“

Die Folgen des politischen Erdbebens nach den Wahlen in Ceylon Ende Mai lassen sich noch nicht absehen. Die neue ceylonesische Ministerpräsidentin Frau S. Bandaranaike (die bereits von 1960 dieses Amt bekleidete) konnte mit der linksgerichteten Einheitsfront 115 der insgesamt 151 Parlamentssitze erobern (davon allein 90 für ihre eigene „Freiheitspartei“, 19 für die Trotzisten und 6 für die prosovjetsischen Kommunisten), während sich der bisherige Ministerpräsident Senanayake mit 17 Sitzen für seine „Vereinigte Nationalpartei“ begnügen muß. Infolge des Mehrheitswahlrechts hatten kleine Splittergruppen keinerlei Erfolg. So blieben die Pro-Peking-Kommunisten ebenso wie eine kurzfristig gegründete „Christlich-Sozialistische Partei“ ohne Erfolge. Um diese von *Katholiken* gegründete Partei hatte es viel Wirbel gegeben. Bereits der erste Versuch katholischer Kreise in Februar 1969, Unterstützung der Bischöfe für das Projekt einer „Vereinigten Katholischen Front“ zu bekommen, war fehlgeschlagen. Die Bischöfe hatten von einem unklugen Schritt gesprochen, der nur zu einer Spaltung unter den Katholiken und zwischen Katholiken und ihren — zu 65% buddhistischen — Mitbürgern führe. Damals wie heute — die anscheinend nur unter anderem Namen die

gleichen Leute hinter sich hat — argumentierten die Parteianhänger, sie wollten die verlorengegangenen Rechte — sie meinen sicherlich die ungerechtfertigten früheren Vorrechte! — wiedergewinnen und die „Diskriminierungen“ wie *Verstaatlichung der christlichen Schulen* und Ersatz des *christlichen Sonntags* durch das buddhistische „Poya“-Fest rückgängig machen. Diese beiden Maßnahmen, die von der Kirchenführung und den meisten Katholiken Ceylons inzwischen als unabänderlich, teilweise sogar als richtig empfunden werden, machten es den katholischen Wählern schwer, eine spezifisch religiöse Problematik als Grundlage ihrer Entscheidung zu nehmen: die Verstaatlichung der Schulen war von der Regierung Bandaranaike, die Abschaffung des christlichen Sonntags von der Regierung Senanayake vorgenommen worden. So dürften für die Wahlentscheidung der meisten Katholiken die gleichen Gründe ausschlaggebend gewesen sein wie für alle anderen Ceylonesen, nämlich wachsende Arbeitslosigkeit, steigende Preise, geringere Reiserationen. Die Bischöfe haben sich ganz aus dem Wahlkampf herausgehalten. Die bisherige Regierung hatte in großem Maße endlich eine Harmonie unter den Religionen herbeigeführt und sich sowohl den Buddhisten gegenüber mit ihrer Entscheidung für „Poya“ als auch den Katholiken gegenüber mit der Einrichtung eines „Beratungsausschusses für Angelegenheiten der römisch-katholischen Kirche“ klug verhalten. Verschiedene *sozialrevolutionäre Ansätze* im Klerus und verstärkte Hinwendung der ceylonesischen Katholiken zu sozialen Reformen dagegen ebneten mehr den Weg für die Einheitsfront, die bereits teilweise Verstaatlichung und eine größere Hinwendung zum Ostblock angekündigt hat. Die auf katholischen Schulen erzogene, dem Buddhismus aber treu gebliebene Ministerpräsidentin, die bei einem Scheitern ihrer Reformen mit einer revolutionären Entwicklung rechnen muß, wird die Unterstützung auch der Katholiken nötig haben, wenn sie Unruhen und Intoleranz, wie sie von radikalen Anhängern gegen Gegner Frau Bandaranaikes sofort nach dem Wahlergebnis angestiftet wurden, eindämmen will.

Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Vereinten Nationen trafen sich Anfang Juni 19 führende Politiker aus fünfzehn Nationen im UN-Hauptquartier in New York. Veranstalter dieses Treffens war die private Charles-F.-Keltering-Stiftung. Lester Pearson, der ehemalige kanadische Premierminister forderte als Sprecher der Konferenz eine drastische Reform der Weltorganisation. Wenn es den UN, die gegenwärtig „in ihren eigenen Worten ertrinkt und unter ihren eigenen Dokumenten erstickt“, nicht gelinge, die Regierungen dazu zu bringen, Lösungsvorschläge für ihre Konflikte anzunehmen, und wenn reiche Länder sich den ärmeren Völkern gegenüber nicht freigebiger zeigten, so werde die UNO bald von der Bildfläche verschwunden sein (vgl. NC News Service, 3. 6. 70). Nicht in allen Punkten waren sich die Politiker einig. Aber es kam dennoch zu einer gemeinsamen Empfehlung an den UN-Generalsekretär U Thant, der ein Fünf-Punkte-Anhang beigefügt war, den einzelne Konferenz-Mitglieder als vordringlich erachtet haben. Darin wird u. a. eine gleichmäßige und progressive Rüstungsbeschränkung nach einem festen Zeitplan gefordert. Weiterhin sei eine Konferenz notwendig, die sich mit einer Neufassung der Charta der Vereinten Nationen befassen solle, so daß ein „Prozeß eingeleitet werde, der die UN mit einer wirkungsvolleren Vollzugsgewalt ausstatte, damit Friede herbeigeführt und gehalten werden könne“. Den UN, so wird weiter gefordert, sollten alle Nationen und Völker angehören, damit die Weltorganisation ihre Friedensaufgabe auch erfüllen könne. Ferner sollten sich Nachbarvölker zu regionalen Organisationen zusammenschließen, um gemeinsame Fragen der Außen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik zusammen anzugehen. Und um den Generalsekretär wirksam zu unterstützen, sollte ein drei- bis fünfköpfiges Beratergremium gebildet werden, das sich mit der langfristigen Planung zukünftiger UN-Aufgaben zu befassen hätte. „Wir glauben fest daran, daß eine Welt geschaffen werden kann, die . . . frei von Hunger, Krankheiten und Hoffnungslosigkeit und all den Umweltbedrohungen ist, die wir uns selber bereitet haben.“